



# HPR aktuell

Redaktion: Reimund Höpfner

## Ausgabe Oktober 2008

Gemeinsame Zentren  
Seite 1

Besetzung SWATH-Boote  
Seite 1

Stellenausschreibungen mD  
Seite 2

Beförderungssituation gD  
Seite 2

Service-Center: Reisekosten  
Seite 2

IT-Verfahren STRADA  
Seite 2

Allgemeiner Dienstsport  
und waffenlose Selbst-  
verteidigung Seite 3

Gleichstellung  
Eilzuständigkeit Seite 3

Förderung des Tarifbereichs  
Seite 4

HPR besucht Dienststellen  
des HZA Dresden Seite 4

IT-Verfahren ADLER  
Seite 4



Friedrichstraße 169-170  
10117 Berlin

Telefon: 030-4081-6600  
Telefax: 030-4081-6633  
E-Mail: [post@bdz.dbb.de](mailto:post@bdz.dbb.de)  
Internet: [www.bdz.dbb.de](http://www.bdz.dbb.de)

## Gemeinsame Zentren (GZ) der Polizei- und Zollzusammenarbeit mit Polen (Swiecko) und Tschechien (Schwandorf)

Das BMF hat dem Hauptpersonalrat mit Schreiben vom 16. September 2008 mittlerweile die erbetenen Informationen unter anderem zu den Standorten, der Aufbauorganisation, der Aufgabenwahrnehmung des Zolls in den Gemeinsamen Zentren (GZ) einschließlich bestehender Verwaltungsvereinbarungen gegeben. Wegen der Eilbedürftigkeit bei der Errichtung der GZ im Dezember 2007 war nach Auskunft des BMF zum damaligen Zeitpunkt weder eine Personalbedarfsberechnung noch eine Dienstpostenbewertung oder die Fertigung eines Anforderungsprofils möglich. Das derzeit eingesetzte und unter Berücksichtigung fachlicher und sozialer Gesichtspunkte ausgewählte Personal, das insbesondere mit Halterabfragen, Adressenermittlungen und ähnlichen Routineauf-

gaben betraut ist, soll weiterhin dort eingesetzt bleiben. Das BMF hat zugesagt, dass künftige Vakanzen im Wege der Ausschreibung und auf der Grundlage eines Anforderungsprofils besetzt werden bzw. ein Absehen von der Ausschreibung mit der zuständigen Personalvertretung abgestimmt werden würde. Nicht ausgeschlossen sei, so das BMF, dass mittelfristig aus personalwirtschaftlichen Gründen Aufgaben des Zollkriminalamts im Bereich der Rechts- und Amtshilfe dezentral bei den GZ verrichtet werden. Jedoch ist eine solche Entwicklung derzeit noch nicht absehbar. Auf Grund dieser Umstände wird der Hauptpersonalrat die Entwicklung in den GZ weiter verantwortlich beobachten.

*Bearbeiter: Eich*

## Besetzung der SWATH-Boote: Auswertung der Interessenabfrage

In der Zeit vom 30. September bis 2. Oktober 2008 fand die Auswertung der Interessenabfrage zur Besetzung der SWATH-Boote statt. Unter Federführung des Referats III A 4 beim BMF wurden an Hand der Personalakten die vorliegenden Bewerbungen auf Schlüssigkeit und Vollständigkeit geprüft. Wenn sich Bewerber für eine Verwendung auf Dienstposten des gehobenen Dienstes interessierten, ist dabei auch geprüft worden, inwieweit die

Voraussetzungen für den erforderlichen Laufbahnwechsel vorliegen (§ 35 Bundeslaufbahnverordnung). Die erzielten Ergebnisse wurden dem BMF zur Prüfung vorgestellt. Die abschließende Prüfung durch die Abteilung III beim BMF soll noch im Oktober 2008 erfolgen. Anschließend erfolgt die formelle Beteiligung des Hauptpersonalrats.

*Bearbeiter: Höpfner*

## Stellenausschreibungen im mittleren Zolldienst

Die nächste bundesweite Stellenausschreibung für den mittleren Zolldienst im Bereich der Besoldungsgruppen A 9/A 9 + Z, sowie für den vergleichbaren Tarifbereich wird zum 1. Dezember 2008 erfolgen. Eine Entscheidung über die Aus-

schreibung bzw. Besetzung vakanter Dienstposten im gebündelten Bereich des mittleren Dienstes (A 6m bis A 8) fällt erst nach Abschluss der Setzungen nach Neigungsabfrage bei den Bundesfinanzdirektionen und des Auswahlverfahrens der

Ausschreibungen A 9m/ A 9m + Z und wird unter Berücksichtigung der Ergebnisse der Führungsklausuren bedarfsgerecht erfolgen. Damit wird die Forderung des HPR fristgerecht eingehalten.

*Bearbeiter: Hecker*

## Beförderungssituation im gehobenen Zolldienst

In der Sitzung teilte der Vorsitzende des Hauptpersonalrats, Dieter Dewes, dem Gremium mit, dass aufgrund zahlreicher Nachfragen von Personalvertretungen in der November-Sitzung 2008 in Berlin eine

gemeinschaftliche Besprechung über die Beförderungssituation im gehobenen Zolldienst stattfinden wird. Das BMF wurde schriftlich gebeten, gegenüber dem Hauptpersonalrat darzustellen, warum im Vergleich zu

2005 (letzter Beurteilungszeitraum) im Jahr 2008 die Beförderungen bisher so schleppend verlaufen sind.

*Bearbeiter: Hecker*

## Service-Center: Reisekosten

Dem Hauptpersonalrat wurde erst jetzt durch eine Personalvertretung ein Erlass bekannt, wonach die Übertragung der Bearbeitung aller reisekosten- und trennungsgeldrechtlichen Vorgänge im Zusammenhang mit den Aus- und Fortbildungsveranstaltungen zum Bildungs- und Wissenschaftszentrum, Außenstelle Plessow erfolgen soll. Der Hauptpersonalrat wurde um Prüfung gebeten, ob nicht ein personalvertretungsrechtliches Mitbestimmungs-

Mitwirkungsverfahren hätte erfolgen müssen, da durch den Aufgabenwegfall bei den betroffenen Service-Centern eventuell Personal freigesetzt werde.

Der Hauptpersonalrat hat sich an das BMF schriftlich mit der Bitte gewandt, das Thema in einer gemeinschaftlichen Besprechung mit dem Hauptpersonalrat zu erörtern und die Maßnahme solange ruhen zu lassen. Der Leiter der Abteilung III beim

BMF, Hans-Joachim Stähr, hat dem Hauptpersonalrat geantwortet, dass er das Schreiben des Hauptpersonalrats zum Anlass genommen hat, die Anzahl der bei den Service-Centern für diese Aufgaben eingesetzten Arbeitskräfte überprüfen zu lassen. Sobald ihm nähere Erkenntnisse vorlägen, werde er diese in einer gemeinschaftlichen Besprechung (November 2008) erläutern.

*Bearbeiter: Hecker*

## Zustimmung zum Echtbetrieb des IT-Verfahrens STRADA

Der Hauptpersonalrat hat nach ausführlicher Diskussion im Zusammenhang mit der IT-Ausstattung bei den Arbeitsgebieten bzw. den Kontrolleinheiten Verkehrswege und grenznaher Raum der Überführung des IT-Verfahrens STRADA Version 1.0

in den Echtbetrieb zugestimmt. Das BMF wurde vom Hauptpersonalrat über die Inhalte der Stellungnahmen der beteiligten Personalvertretungen informiert und gebeten, die angesprochenen Punkte aus fachlicher Sicht zu prüfen. In den nachfol-

genden Versionen des IT-Verfahrens könnten anerkannte Verbesserungen dann aufgenommen werden.

*Bearbeiter: Eich*

## Maßnahmen zur Senkung der Unfallzahlen im Bereich des allgemeinen Dienstsports und der waffenlosen Selbstverteidigung (wSV)

Die Auswertung der Erfassungsbögen zum Allgemeinen Dienstsport und der waffenlosen Selbstverteidigung durch das Bildungs- und Wissenschaftszentrum, Außenstelle Sigmaringen hat erste Einblicke hinsichtlich der Hauptunfallursachen

geliefert. Bei der Vielschichtigkeit der Problematik ist eine umfassendere Bewertung jedoch nur erreichbar, wenn auch externe Fachleute in diesen Prozess mit einbezogen werden. Das BMF beabsichtigt deshalb, in dieser Angelegenheit Kontakt mit

der Deutschen Sporthochschule Köln aufzunehmen, um professionelle Unterstützung zu erhalten und dadurch eine weitere Senkung der Unfallzahlen zu erzielen.

*Bearbeiter: Eich*

## Materiell-rechtliche Gleichstellung in der Eilzuständigkeit für Zollbeamtinnen und -beamte mit vollzugspolizeilichen Aufgaben in Schleswig-Holstein

Das BMF informierte den Hauptpersonalrat mit Schreiben vom 18. September 2008 darüber, dass das Innenministerium des Landes Schleswig-Holsteins gegenüber dem BMF die Gleichstellung der Vollzugsbeamtinnen und -beamten des Zolls mit der Landespolizei Schleswig-Holstein erklärt hat.

Nach § 170 Abs. 1 Nr. 3 Landesverwaltungsgesetz Schleswig-Holstein können die Vollzugsbeamtinnen und -beamten der Zollverwaltung, denen der Gebrauch von Schusswaffen bei Anwendung des unmittelbaren Zwanges nach dem Gesetz über den

unmittelbaren Zwang bei Ausübung öffentlicher Gewalt durch Vollzugsbeamte des Bundes (UZwG) bei Ausübung öffentlicher Gewalt durch Vollzugsbeamte des Bundes gestattet ist, folgende Amtshandlungen in Schleswig-Holstein vorzunehmen, wenn die zuständige schleswig-holsteinische Behörde die erforderlichen Maßnahmen nicht rechtzeitig treffen kann:

- Abwehr einer gegenwärtigen erheblichen Gefahr
- Verfolgung von Straftaten auf frischer Tat sowie

- Verfolgung und Wiederergriffung Entwichener

Das BMF weist im Erlass ausdrücklich darauf hin, dass die polizeiliche Eilkompetenz nur bei Feststellungen im Zuge von Kontrollen, Prüfungen sowie Ermittlungen bei der Wahrnehmung originärer oder durch andere Rechtsvorschriften übertragener Aufgaben nach § 1 Abs. 4 Zollverwaltungsgesetz ausgeübt werden soll, sofern die zuständige Landespolizei nicht rechtzeitig handeln kann.

*Bearbeiter: Eich*

## Fortkommensmöglichkeiten für Tarifbeschäftigte in der Zollverwaltung

Die Tarifgruppe im Hauptpersonalrat hat sich unter Federführung des BDZ unter anderem über folgende Eckpunkte zur Förderung des Tarifbereichs in der Zollverwaltung verständigt:

- Ausschreibung aller Arbeitsplätze ohne Aufgaben mit hoheitlichem Charakter auch für Tarifbeschäftigte (Arbeitsplätze mit waffentragenden Tarifbeschäftigten bleiben hiervon unberührt);

- Beibehaltung der Regelbeurteilung in Anlehnung an den Beamtenbereich;
- Durchlässigkeit der Entgeltgruppen sowohl vertikal als auch horizontal;
- Ausbau der fachlichen Qualifizierungsmaßnahmen;
- Anwendung des § 17 Abs. 2 TVöD, Verkürzung der Stufenlaufzeit bei über dem Durchschnitt liegenden Leistungen;

- Ausbildung zum Verwaltungsfachwirt, vergleichbar gehobener Dienst.

Die Tarifgruppe wird in den nächsten Wochen erste Gespräche mit dem BMF führen.

Das Ergebnis bleibt abzuwarten.

*Bearbeiter: Knechtel*

## Besuch von Dienststellen des Hauptzollamts Dresden durch Arbeitsgruppen des Hauptpersonalrats

In der Zeit vom 8. bis 12. August 2008 führte der Hauptpersonalrat auf Einladung des Bezirkspersonalrats bei der Bundesfinanzdirektion Mitte seine auswärtige Sitzung in Dresden durch. Im Rahmen der Sitzung besuchten Mitglieder des Hauptpersonalrats am 10. August 2008 folgende Dienststellen:

- Flughafen Leipzig
- Abfertigungsstelle Ludwigsdorf des Zollamts Flughafen Leipzig, Zollamt Löbau, Arbeitsbereich Agrardiesel,
- Mobile Kontrollgruppe Leipzig, Finanzkontrolle Schwarzarbeit Leipzig, Sachgebiet G am Dienstort Leipzig,
- Hauptzollamt Dresden, Zollamt Dresden, Zollfahndungsamt Dresden,
- Service-Center Süd-Ost und Informations- und Wissensmanagement der Zollverwaltung (IWM) Dresden.

Darüber hinaus fanden Gespräche des Vorsitzenden des Hauptpersonalrats, Dieter Dewes, mit dem Leiter des Hauptzollamts Dresden, Franz Horak, statt.

Ziel der Besuche war es, in den Dienststellen des Hauptzollamts Dresden die persönliche und dienstliche Situation der Beschäftigten im Zusammenhang mit der Umsetzung der Neustrukturierung der Zollverwaltung vor Ort kennen zu lernen.

Auch wollten sich die Mitglieder des Hauptpersonalrats einen Überblick über die personelle und sachliche Ausstattung der Dienststellen, die Aufgabenentwicklung, die genutzten Liegenschaften sowie die Probleme im Zusammenhang mit dem Aufbau des IWM verschaffen. Von den Kolleginnen und Kollegen wurden dabei Fragen wie Zulagengewährung, Mängel in der technischen Ausstattung (z.B. Probleme mit Faxgeräten), Unzulänglichkeiten bei der IT-Hardware und der arbeitsplatzgerechten Ausstattung der Büroräume mit Möbeln aufgeworfen. Mehrfach wurde auf Probleme mit der mangelhaften Personalzuweisung in verschiedenen Arbeitsbereichen auf der Basis der errechneten Personalbedarfsberechnung (PersBB-Zahlen) hingewiesen (insbesondere bei der Agrardieselstelle Löbau, dem Sachgebiet Vollstreckung und dem

Service-Center Süd-Ost). Darüber hinaus war die dauerhaft hohe Belastung der Beschäftigten beim Zollamts Flughafen Leipzig durch die erheblichen Abfertigungszahlen in der Spät- und Nachtschicht, die besondere Belastung durch Schichtdienst für älterer Beschäftigte ein wichtiges Thema der Beschäftigten. Der Hauptpersonalrat wird diese und weitere Einzelfragen wie die Zulassung zur Telearbeit, Mängel bei der Ausstattung der Teeküchen mit der jeweils zuständigen Personalvertretung besprechen. Beeindruckend war für die Vertreter des Hauptpersonalrats die festgestellte Einsatzbereitschaft der Kolleginnen und Kollegen, um den täglich anfallenden Arbeitsaufwand trotz aller Widrigkeiten zu bewältigen.

*Bearbeiter: Höpfner*



Hauptzollamt Dresden

### ADLER-„Augen“

Anmerkungen von Anton Eberle

Die Sehschärfe des Adlers ist berühmt. Schließlich verfügt er über ein riesiges Blickfeld und kann so Beute aus großer Entfernung erkennen. Manche Kolleginnen und Kollegen der Arbeitsgebiete Agrardiesel lernen die „Sehschwäche“ der ADLER-„Augen“ (= Monitore) gerade

zu fürchten. Sie nutzen zur Bearbeitung der bei ihnen eingehenden Anträge zur Agrardieselvergütung das IT-Verfahren ADLER. Deren Programmierer hatten bei der Einführung für die einzelnen Masken eine Bildschirmauflösung von 600 x 800 Pixel gewählt. Bei Verwendung eines

Flachbildschirms führt das dazu, dass nur extrem scharfe Augen den ADLER erblicken können. Das „Beute machen“ (= Bearbeiten der Anträge) wird dadurch merklich erschwert. Abhilfe würde die programmtechnische Anpassung der Bildschirmauflösung an die verwendeten Monitore erbringen. Also, ZIVIT – hilf!